1. Mai-Zeitung 2014

Freier Aargau!

Die Zeitung der SP und der Gewerkschaften des Kantons Aargau

PP
5001 Aarau
Adressänderungen:
Aarg. Gewerkschaftsbund
Postfach 2217, 5001 Aarau



Mit der Gestaltung des 1. Mai-Plakates wurde dieses Jahr die Luzerner Grafikerin und Journalistin Vera Bueller beauftragt.

Gute Arbeit. Mindestlohn.

Der Reichtum der Schweiz ist von allen erarbeitet. Aber er ist nicht gerecht verteilt. Deshalb treten die Gewerkschaften für mehr Fairness beim

Aufruf des SGB zum 1. Mai 2014

Lohn an. Sie treten auch an für eine Gesellschaft des sozialen Ausgleichs. Für eine Gesellschaft, die allen Menschen, unabhängig von Geschlecht und Nation, möglichst gleiche Chancen zuweist. Für eine Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dazu braucht es auch starke Sozialversicherungen. Und bessere AHV-Renten.

Am 18. Mai stimmen wir über die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften ab – und damit über einen bedeutenden Teil des gewerkschaftlichen Programms. Sie fordert einen allgemeinen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Das entspricht ungefähr 4000 Franken pro Monat. Das ist die neue Messlatte für Fairness beim Lohn. Ein Ja zum Mindestlohn ermöglicht zuerst einmal 330‘000 Arbeitnehmenden, besser über die Runden zu kommen. Ein verbindlicher Mindestlohn schiebt aber auch den Lohndrückern den Riegel. Sie können dann nicht mehr in- und ausländische Arbeitnehmer mit Dumpinglöhnen gegeneinander ausspielen und ihre Konkurrenten dank Tieflöhnen unterbieten. Davon profitieren alle: Anständig zahlende Arbeitgeber müssen sich nicht vor unlauterer Konkurrenz fürchten. Die Steuerzahler müssen die Zeche nicht über die Sozialhilfe bezahlen. Und die Betroffenen haben mehr zum Leben. Das schafft Kaufkraft, Arbeitsplätze und mehr Würde bei der Arbeit.

Ein Ja zur Mindestlohn-Initiative wird auch den Kampf gegen die Lohndiskriminierung der Frau vorwärtsbringen. Ein Ja zur Mindestlohn-Initiative bremst Auslagerung und Prekarisierung. Dieses Ja müssen wir mit einem entschiedenen Schlussspurt erkämpfen. Damit legen wir den Grundstein für eine soziale Wende.

Für eine sozialere Schweiz kämpfen wir auch in anderen Feldern.

Fortsetzung: Seite 4

Kampf dem SpAAR-GAU !

In der öffentlichen Diskussion wird das ganze Ausmass der Abbaumassnahmen des Kantons kleingeredet, indem immer mit

Kurt Emmenegger, Grossrat, Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund AGB

einer Summe von 120 Millionen operiert wird. Das ganze Paket umfasst aber einerseits die kurzfristigen Entlastungsmassnahmen, die das Budget 2014 und die Planjahre 2015 – 2017 betreffen und die bereits beschlossenen Sache sind. Das sind jährlich zwischen 60 und 80 Millionen. Andererseits haben wir die Massnahmen aus der sogenannten Leistungsanalyse, die in der Kompetenz des Regierungsrats und in der Kompetenz des Grossen Rats liegen. Das sind für die Planjahre 2015 – 2017 Beträge in Höhe von 55 Millionen Franken, 80 Millionen Franken und 120 Millionen Franken. Die gesamten Abbaumassnahmen machen daher für 2014 rund 60 Mio. für 2015 rund 130 Mio. für 2016 rund 150 Mio. und für 2017 rund 200 Mio. Franken aus.

Hintergrund des millionenschweren Abbaupakets des Kantons – eine völlig verfehlte Steuer- und Finanzpolitik!

Ab 2003 bis 2009 hat die Wirtschaft geboomt und die Steuererträge sind gestiegen. Aber eigentlich hätte es für alle klar sein müssen, dass diese Blase irgendwann platzt. Was dann mit der Finanzkrise 2009 auch passiert ist.

Eine weitsichtige und verfassungsgemässe Finanzpolitik hätte in dieser Boom-Zeit echt gespart, nämlich genügend Geld auf die Seite gelegt, um für kommende schlechtere Wirtschaftszeiten gerüstet zu sein.

Damit wäre es möglich gewesen, den Verfassungsauftrag zu erfüllen, dass über einen Konjunkturzyklus hinaus bei Erfüllung der Staatsaufgaben eine ausgeglichene Rechnung erreicht wird.

Was wurde stattdessen in dieser Boom-Zeit gemacht? Es wurden zwei Steuersenkungsrunden vor allem zu Gunsten der Reichen und Unternehmen durchgeführt, welche die Kantons- und Gemeindefinanzen in der Höhe von gesamthaft 800 Millionen belastet haben und noch werden.

Die Bilanzausgleichsreserve, die gegen starken bürgerlichen Widerstand gebildet wurde, hat diese massiven Steuerausfälle nur zu einem kleinen Teil kompensiert.



Wenn heute die bürgerliche Mehrheit, die die genannten Steuersenkungen gepusht hat, behauptet, sie wolle mit dem Abbaupaket die Staatsfinanzen im Lot halten, also nicht mehr ausgeben wollen, als man hat, ist das völlig scheinheilig.

Was sie wirklich wollen, ist einerseits die finanziellen Mittel des Staates so weit zurückfahren, dass er seine Aufgaben einschränken muss: weniger Bildung, weniger Gesundheit, weniger soziale Sicherheit, weniger Investitionen in die Energiewende – kurz weniger Staatsleistungen für die grosse Bevölkerungsmehrheit und mehr finanzielle Freiheiten für die Reichen.

Andererseits wollen sie mit dem Abbau der Staatsleistungen wiederum Spielraum schaffen, um eine nächste Steuersenkungsrunde für ihre Klientel einläuten zu können.

Aber selbst wenn man von den geschaffenen finanziellen Tatsachen ausgeht, ist es mehr als fraglich, ob dieses Abbaupaket wirklich nötig ist.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat eine breit angelegte Untersuchung über den Zustand der Kantonsfinanzen gemacht. Er stellte unter anderem fest, dass der Kanton Aargau von 1999 bis 2012 durchschnittlich Jahr für Jahr eine 3,3-prozentige Budgetabweichung nach oben hatte. Das bedeutet, dass eine positive Budgetabweichung von rund 150 Millionen Franken stattgefunden hat. Wenn wir dies auf die vier Planjahre gerechnet berücksichtigen, dann ist diese positive Budgetabweichung grösser als das gesamte Abbaupaket.

Es ist richtig, dass externe Faktoren für den Staatshaushalt 2014 – 2017 eine Rolle spielen und obige Aussage zum Teil relativieren. Es gibt weniger Geld vonseiten der Schweizerischen Nationalbank und weniger Geld aus dem Finanzausgleich, aber mehr zusätzliche Aufgaben für den Kanton und die Gemeinden.

Doch auch dies war vor der letzten Steuersenkungsrunde mit voraussichtlichen Steuerausfällen von 300

Fortsetzung: Seite 4

Aarau

Kirchplatz
15.00 – 20.00 Uhr

15.50 Uhr: **Umzug ab Bahnhofplatz**
(Besammlung 15.30 Uhr beim Bahnhof)

16.30 Uhr: Ansprachen

Pedro Lenz, Dichter und Schriftsteller, Olten
Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Nussbaumen
Claudia Mauchle, Juso / Vorstand AGB, Unterkulm


Pedro Lenz


Max Chopard-Acklin


Claudia Mauchle

Rahmenprogramm (ab 15.00 Uhr):
- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Tanzgrupppe **RINIA**
- Musik mit **Real Silk** (Coverrock)



Moderation: **Bajram Arifaj** (Sekretär Unia Aargau)

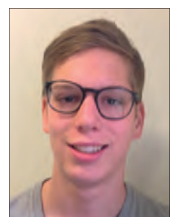
1. Mai-Kommission Aarau
Maibändel à Fr. 3.– zur Unkostendeckung
Sponsoring Rahmenprogram: **Coop Rechtschutz** und **BankCoop**

Lenzburg

Metzgplatz
15.00 – 19.00 Uhr

16.45 / 17.15 / 18.00 Uhr: **Ansprachen**

Jonas Hasenfratz, Vorstand JUSO Aargau
Silke Treusch, Sekretärin Unia Aargau, Zürich
Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz, GL SP Kt. ZH


Jonas Hasenfratz


Silke Treusch


Fabian Molina

Rahmenprogramm (ab 15.00 Uhr):
- Grill und traditionelles Mittagessen
- Früchtestand / Cocktails
- Kaffee und Kuchen
- Infostände
- Töggeli und Ping-Pong-Tische

15.00 - 16.30 Uhr: Musikalisches Intermezzo

Moderation: **Christian Capacoel** (Sekretär Unia Aargau)

SP Bezirk Lenzburg, Unia Aargau, Juso Aargau

Baden

Bahnhofplatz
11.30 – 18.00 Uhr

Bezirke Baden und Zurzach

13.15 Uhr: Begrüssung
Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Nussbaumen

14.00 Uhr: **Kundgebung durch Baden**

13.30 / 15.30 / 16.15 Uhr: **Ansprachen**

Chris Kelley, Sekretär Unia Aargau, Baden
Andy Tschümperlin, Nationalrat, Präs. SPS-Bundeshausfraktion
Viviane Hösli, Grossrätin, Vizepräs. AGB, Zofingen


Chris Kelley


Andy Tschümperlin


Viviane Hösli

Rahmenprogramm (ab 11.30 Uhr):
- Festwirtschaft & Grill
- 12.00 - 13.30 Uhr: Mittagessen
- 15.00 - 17.00 Uhr: **Kinderprogramm**

20.30 - 24.00 Uhr im Royal Baden
Punk-Rock-Konzert
REDSKA aus Italien
www.redska.com



Moderation: **Anna Andermatt** (Grossrätin SP, Baden)



Forum 1. Mai Baden
Button à Fr. 5.– als Unkostenbeitrag

Brugg

Neumarktplatz
ab 17.00 Uhr

17.30 Uhr: **Ansprachen**

Kurt Emmenegger, Grossrat, Präs. Aarg. Gewerkschaftsbund
Helmut Hubacher, ehem. Nationalrat, Basel
Martin Brügger, Grossrat, Brugg


Kurt Emmenegger


Helmut Hubacher


Martin Brügger

Rahmenprogramm (ab 17.00 Uhr):
- Apéro
- Kulinarisches vom Grill
- Slam Poetry mit **Lisa Christ**, Bern

Moderation: **Sacha Schenker** (Vorstand SP Bezirk Brugg)

SP Bezirk Brugg / Unia Aargau

Zofingen

Markthalle
ab 15.00 Uhr

16.00 Uhr: **Ansprachen**

Cédric Wermuth, Nationalrat SP, Baden
Lelia Hunziker, Geschäftsführerin Integration Aargau, Vizepräsidentin Einwohnerrat Aarau
Pascal Pfister, Sekretär Unia Aargau, Basel


Cédric Wermuth


Lelia Hunziker


Pascal Pfister

Rahmenprogramm (ab 15.00 Uhr):
- Festbeiz der SP Oftringen
- Tombola
- Musik mit **Has im Gras** (Coverband)



Moderation: **Martin Zimmerli** (Präsident Maifeierkommission)

Maifeierkommission Bezirk Zofingen

Wohlen

Bezirke Bremgarten und Muri

Kulturbeiz Chappelehof
ab 17.30 Uhr

18.00 Uhr: **Ansprachen**

Jacqueline Fehr, Nationalrätin SP, Winterthur
Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB


Jacqueline Fehr


Daniel Lampart

Rahmenprogramm:
- Festwirtschaft
- Jazz mit Sarah Chaksad & friends

Begrüssung: **Arsène Perroud** (Gemeinderat, Präsident SP Wohlen)

SP Bezirke Bremgarten und Muri

Unterkulm

Bezirk Kulm

Vorabendfeier:
Mittwoch, 30. April!
Aula Unterkulm
ab 18.30 Uhr

19.30 Uhr: **Ansprachen**

Christian Capacoel, Sekretär Unia Aargau, Zürich
Claudia Mauchle, Juso / Vorstand AGB, Unterkulm


Christian Capacoel


Claudia Mauchle

Rahmenprogramm (ab 18.30 Uhr):
- Rote Spaghetti
- Infostände solidarsuisse, Gewerkschaften

Begrüssung: **Manuela Basso** (Gemeinderätin, SP Unterkulm)

Maifeierkommission Bezirk Kulm

Rheinfelden

Bezirke Rheinfelden und Laufenburg

Im Rumpel
11.30 - 20.00 Uhr

13.30 Uhr: **Demo-Marsch zur Schifflände !**
Treffen und Gratis-Apéro mit den deutschen KollegInnen an der Schifflände
Karin Distler, DGB, IGR Dreiländereck

Begrüssung:
SP Rheinfelden

ab 15.00 Uhr:
Ansprachen im Rumpel (Clublokal Colonia Libera Italiana CLI)

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB
Yvonne Feri, Nationalrätin, Präsidentin SP Frauen Schweiz
Cesidio Celidonio, Sinistra Ecologia Libertà SEL Svizzera


Daniel Lampart


Yvonne Feri


Cesidio Celidonio

Rahmenprogramm (ab 11.30 Uhr):
- Festprogramm im Rumpel
- Enzos Spaghetti
- Unterhaltung mit **Donato**

Moderation: SP Bezirkspräsidien Rheinfelden und Laufenburg

SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg
Gewerkschaften Unia, syndicom und SEV

Kampf dem SpAAR-GAU !

Fortsetzung von der ersten Seite

Mio. für Kanton und Gemeinden bekannt.

Der Finanzdirektor und die bürgerliche Mehrheit versicherten aber unisono, dass diese Steuergeschenke für die Reichen und Unternehmen verkraftbar seien.

Kommt dazu, dass der Kanton Aargau gesamtschweizerisch die tiefsten Staatsausgaben pro Kopf der Bevölkerung hat und dass der Kanton mit einem Nettovermögen von weit über einer Milliarde Franken finanziell gut dasteht. Daher wären selbst zeitweilige Defizite verkraftbar.

Angesagt sind daher nicht Abbaumassnahmen, sondern eine rasche Korrektur der völlig verfehlten Steuerpolitik, damit der Staat über das nötige Geld verfügt, um seine Aufgaben seriös wahrnehmen zu können.

Gift für die Konjunktur und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung

Das Abbaupaket ist auch konjunkturpolitisch völlig falsch: Mit verschiedenen Massnahmen wird die Kaufkraft gesenkt. In einer Zeit, wo es unsicher ist, wie sich die Konjunktur entwickeln wird, ist das Gift für die Wirtschaft.

Zwei Bereiche schlagen hier vor allem zu Buche, nämlich die massiven Kürzungen bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien und die Nullrunde bei den Löhnen der Staatsangestellten. Bis 2017 werden allein in diesen beiden Bereichen 60 Millionen Franken eingespart. Geld, das dem Privatkonsum, einer wichtigen Konjunktur-Stütze, direkt entzogen wird.

Aber auch für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Aargaus werden zentrale zukunftsgerichtete Massnahmen abgebaut oder auf die lange Bank geschoben: bei der Bildung als zentralem Faktor für eine konkurrenzfähige Wirtschaft, bei der familienergänzenden Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bei den Investitionen in die Energiewende.

Abbaumassnahmen führen zu höheren Kosten in der Zukunft

Viele Abbau-Massnahmen sind nicht nachhaltig, weil sie grössere Folgekosten generieren, als sie einsparen werden.

Hier stehen die Abbau-Massnahmen in der Bildung im Vordergrund: Abschaffung der Einschulungsklassen, des Berufswahl- und Werkjahres, grössere Klassen, Abbau von Fördermassnahmen bei schwächeren Schülerinnen und Schülern.

Mit einer solchen Politik wird die Zukunft des Aargaus verbaut.

Darum sagen wir klar Nein zum gesamten Abbaupaket und engagieren uns mit allen fortschrittlichen und solidarischen Kräften, um diese Politik des Abbaus des Service public zu stoppen.

Luft draussen? Zitrone ausgepresst!



Jetzt gerechte Steuern für alle, statt Steuergeschenke für wenige!

Gute Arbeit. Mindestlohn.

Fortsetzung von der ersten Seite

Wir müssen Menschen schützen – und sie gegen Abbaupläne bei der Altersvorsorge verteidigen. Die AHV-Renten hinken immer mehr den Löhnen hinterher und die Leistungen der zweiten Säule stehen unter Druck. Die Renteneinkommen aus erster und zweiter Säule sind deshalb für viele Menschen zu gering. Ohne Gegenmassnahmen wird sich das Problem für künftige Rentnerinnen und Rentner noch verschärfen. Das Projekt „Altersvorsorge 2020“ will die Leistungen der AHV gar noch verschlechtern: Mit dem höheren Rentenalter für die Frauen oder indem der Teuerungsausgleich in Frage gestellt wird. Da halten wir dagegen: Die Initiative AHVplus soll unser wichtigstes Sozialwerk stärken. Die AHV-Renten wollen wir um 10 Prozent erhöhen. Denn die AHV ist die sicherste, effizienteste und sozialste Altersvorsorge der Schweiz. Deshalb ist die Stärkung der ersten Säule für Versicherte mit tiefen und mittleren Einkommen viel effizienter und kostengünstiger als das private Sparen, wo die Banken und Versicherungen mitverdienen.

Wir müssen Menschen schützen – und nicht den blanken Profit. Deshalb ist auch ein besserer Schutz am Arbeitsplatz nötig. Stress ist abzubauen. Die wichtigsten Instrumente dagegen – etwa die Arbeitszeiterfassung – müssen endlich durchgesetzt werden. Denn Arbeitszeit und Freizeit sollen sich nicht uneingeschränkt vermischen. Sonst greifen Burnouts, Depressionen und andere Stress-Erkrankungen noch weiter um sich.

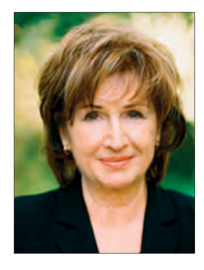
Wir müssen Menschen schützen - und nicht die nationalen Grenzzäune. Deshalb stehen wir zu einer Solidarität, die nicht auf die Farbe des Passes abstellt. Die Gewerkschaften werden sich dagegen wehren, dass in der Folge des 9. Februars Menschen wieder auf reine Arbeitskraft reduziert werden.

Mit einem Ja zur Mindestlohn-Initiative geben wir Gegensteuer und leiten die soziale Wende ein. Diese Chance müssen wir packen.

Faire Löhne statt Sozialhilfe

Wer voll arbeitet, mit dem Lohn aber nicht über die Runden kommt, ist ein „working poor“. Working poor müssen oft Hilfe von Familienangehörigen oder vom Staat beanspruchen. Das ist unwürdig und heisst auch, dass die Steuerzahlenden die knausrigen Arbeitgeber subventionieren. Ein Mittel für würdige Löhne und gegen den Zwang zu fremder oder Sozialhilfe ist die Mindestlohninitiative, über die wir am 18. Mai 2014 abstimmen. Die Angstmacherkampagne der Arbeitgeber trifft ins Leere: Der Mindestlohn ist auch in der Schweiz zu verkraften. Viele Länder haben ihn schon.

Katharina Kerr, Präsidentin vpod



Warum ein Mindestlohn für die Schweiz?

Heute verdienen rund 330‘000 Angestellte weniger als 22 Franken in der Stunde und bei Vollzeit weniger als 4000 Franken im Monat. Davon sind 70 Prozent Frauen, 30 Prozent haben eine abgeschlossene Ausbildung und 77 Prozent sind über 25 Jahre alt. Es stimmt also nicht, dass Dumpinglöhne nur Ungelernte oder BerufseinsteigerInnen betreffen. Mit so tiefen Löhnen kann man aber nicht eigenständig leben, gar, wenn man Kinder hat. Jede unvorhergesehene Rechnung ist ein Riesenproblem. Dazu gibt es Lohnungleichheiten im gleichen Betrieb: Die AusländerInnen sind schlechter bezahlt als die Einheimischen und drücken so alle Löhne. Und werden als billige und willige Arbeitskräfte im Ausland rekrutiert. Wie Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann am SP-Parteitag vom Januar 2014 sagte: „Wenn ich einem Arbeitgeber vorschlage, er soll doch lieber Schweizer Arbeitslose anstellen anstatt immer neue Ausländer zu holen, so bekomme ich ab und zu zur Antwort, die Ausländer seien jung und stark und arbeiteten für weniger Lohn.“

Arbeit muss sich lohnen – mit Mindestlohn

Mit einem Mindestlohn, wie ihn die Mindestlohninitiative verlangt – 22 Franken in der Stunde, 4000 Franken im Monat bei Vollzeitarbeit, Übergangsfrist drei Jahre -, würden nicht alle, aber viele Probleme gelöst. Vor allem das grundsätzliche: „Arbeit muss sich lohnen“, meint Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und St. Galler SP-Ständerat: „Wer Vollzeit arbeitet, der muss vom Lohn auch leben können. Das verlangt die Menschenwürde. Aber genau so die wirtschaftspolitische Vernunft. Es kann doch nicht sein, dass wer voll arbeitet, auch noch vom Staat unterstützt werden muss, damit er oder sie leben kann... Mindestlöhne helfen auch der Berufslehre. Die grösste Herausforderung für unser gutes System der Berufsbildung besteht darin, dass Berufsleute trotz abgeschlossener Berufslehre kein genügendes Einkommen erzielen. Mindestlöhne sind die entscheidende Massnahme für die Aufwertung der Berufslehre. Frauen verdienen im Detailhandel für die gleiche Arbeit 630 Franken im Monat weniger als die Männer. Mindestlöhne sind die wirksamste Massnahme gegen die Lohndiskriminierung der Frauen in der Schweiz. Die Mindestlohninitiative fördert auch die Sozialpartnerschaft. Der gesetzliche Mindestlohn greift dort, wo es keine Gesamtarbeitsverträge gibt. Anständige Löhne sind auch die Basis für anständige Renten. Die Mindestlohninitiative hat seit der Lancierung bis heute schon eine grosse Vorwirkung erzielt. Denn es hat sich gezeigt, dass nicht nur die arbeitenden Menschen, die für ihre Arbeit nicht anständig bezahlt werden, ein Problem haben. Ein Problem haben in der öffentlichen Debatte auch jene Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten trotz Vollzeitarbeit keinen Lohn zahlen, von denen diese anständig leben können. Die menschliche Arbeit hat nicht nur einen Wert, sondern auch einen Preis.“

Angstmacherargumente entkräftet

Unterstützt wird die Mindestlohninitiative bisher von allen SGB- und den Travail-Suisse-Gewerkschaften, vom Arbeiterhilfswerk und weiteren Verbänden. „Angestellte Schweiz“ und die Schweizer Kaderorganisation SKO befürchten eine Senkung der mittleren Löhne und lehnen die Initiative ab. Das könnten sich die Arbeitgeber aber nicht leisten, meint selbst der wirtschaftsliberale Basler Arbeitsmarktprofessor George Sheldon: im Gegenteil würden die mittleren Löhne angehoben, „um die Leute bei der Stange zu halten“ (TA 11.3.14). SGB-Zentralsekretär Daniel Lampart sieht es genau so und kontert auch das Angstmacherargument, Mindestlöhne brächten Arbeitslosigkeit. Er belegt dies mit Erfahrungen in Ländern mit Mindestlöhnen und mit internationalen Studien: So sieht die OECD keine negative Wirkung auf die Arbeitslosenquote. Dazu Lampart: „Erklärungen dafür, warum Mindestlöhne nicht zu höherer Arbeitslosigkeit führen, sind zum Beispiel: ‚marktmächtige‘ Arbeitgeber, die bei einem Mindestlohn die Löhne nicht mehr unter den ‚Marktlohn‘ drücken können. Der Mindestlohn führt zu einer Verhinderung von Lohndumping, ohne dass Arbeitsplätze verschwinden, denn Beschäftigte, die nach der Einführung eines Mindestlohns mehr verdienen, können einen Zweitjob aufgeben. Würden alle Löhne in der Schweiz auf mindestens 22 Franken pro Stunde erhöht, stiege die Gesamtlohnsumme um rund 1,6 Milliarden Franken. Das sind rund 0,4 Prozent der Gesamtlohnsumme und somit deutlich weniger als die jährlichen Lohnerhöhungen in der Schweiz. Eindeutig falsch ist das Gegenargument der höheren Zuwanderung aufgrund des Mindestlohnes. Mindestlöhne sorgen vielmehr dafür, dass die Arbeitgeber in der Schweiz nicht billige Arbeitskräfte aus dem Ausland holen können - auf Kosten derjenigen, die bereits hier wohnen. Aus ökonomischer Sicht ist die Höhe des Mindestlohnes in Franken nicht entscheidend. Wichtig ist die Zahl der Betroffenen. Weil die Schweizer Jugendlichen mehrheitlich über eine Lehre ins Berufsleben einsteigen, ist die Zahl Betroffener im Vergleich zum Ausland wesentlich geringer... Eine Untersuchung über die Erhöhung des nationalen Mindestlohnes in den USA in den Jahren 1996/1997 zeigt, dass insgesamt 8,9 Prozent der Erwerbstätigen direkt betroffen waren - praktisch gleich viel wie in der Schweiz. In Studien wurden insgesamt keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit gefunden.

Darum: Am 18. Mai 2014 ein klares Ja zur Mindestlohninitiative!

Das will die Mindestlohn-Initiative

Nur die Hälfte der Arbeitnehmenden ist in der Schweiz durch einen Mindestlohn geschützt. Denn es gibt zu wenige Gesamtarbeitsverträge mit verbindlichen Lohnuntergrenzen - vor allem weil sich viele Arbeitgeber weigern, solche Verträge abzuschliessen. Deshalb haben die Gewerkschaften die Mindestlohninitiative eingereicht.

Diese Volksinitiative verlangt, dass der Bund und die Kantone die Festlegung von Mindestlöhnen in GAV fördern müssen. Als unterste Absicherung für alle Arbeitnehmenden soll es einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde geben. Dies entspricht derzeit bei 12 Monatslöhnen rund 4000 Franken im Monat. Das sind 61% des Medianlohns (mittlerer Lohn) aller Arbeitnehmenden (Privatwirtschaft, Bund, Kantone/Gemeinden) in der Schweiz (2010). Der Mindestlohn wird regelmässig an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst, analog zur AHV-Rente. Erwerbstätige mit besonderen Vertragsformen wie Lehrlinge oder Personen in anderen Ausbildungen (PraktikantInnen) sind ausgenommen. Die genaue Definition des Mindest-Stundenlohnes wird Aufgabe des Parlaments sein.

Von einem gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken würden in der Schweiz rund 330 000 Arbeitnehmende profitieren, das heisst etwa 9% aller Arbeitnehmenden. Dabei handelt es sich in erster Linie um gestandene Berufsleute. Ein Drittel von ihnen hat eine Lehre abgeschlossen. Drei Viertel sind 25jährig und älter und haben damit die Ausbildung schon lange abgeschlossen. Nur gerade knapp ein Viertel sind Jugendliche und junge Erwachsene. Vom Tieflohnproblem sind damit in der Schweiz nicht vor allem BerufseinsteigerInnen betroffen, sondern vor allem Frauen.



Kein Sparen bei der Bildung !

Am 11. März 2012 hat das Aargauer Stimmvolk ein klares Zeichen gesetzt. Es hat die Vorlage zur Stärkung der Schule Aargau mit überwältigenden 78,6% angenommen. Nur zwei Jahre später diskutieren wir über Sparmassnahmen, welche die Schule nachhaltig schwächen statt stärken.

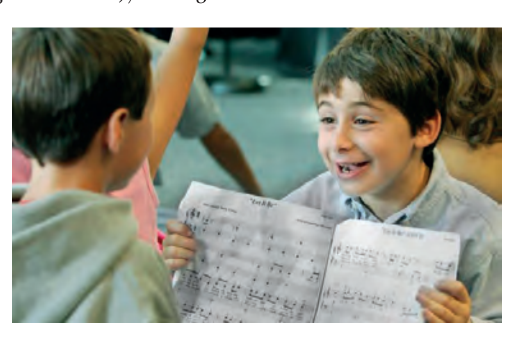
Thomas Leitch-Frey, Grossrat



Noch habe ich die Worte des Finanzdirektors Brogli im Ohr, der in der Grossratsdebatte zur Steuergesetzrevision vom 22. Mai 2012 versicherte, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Kantons erhalten bleibe. Die Steuersenkungen, welche Gemeinden und Kanton notabene 220 Millionen an Mindereinnahmen bringen, würden keinen Leistungsabbau zur Folge haben. Alles Schnee von gestern: Wie wir wissen, hat der Regierungsrat in seiner Leistungsanalyse 147 Vorschläge zur „Aufwandminderung" - sprich Leistungsabbau - und 50 Vorschläge zur „Ertragssteigerung" - sprich Abgaben- und Gebührenerhöhungen - vorgelegt. Die meisten kann er sogar in eigener Kompetenz durchsetzen. In der Aargauer Zeitung vom 31.August 2013 erklärte Regierungsrat Brogli, die vorgesehenen Sparmassnahmen hätten kaum Einfluss auf die breite Bevölkerung. Die nicht abreissende Flut kritischer Reaktionen zu den Sparvorschlägen - insbesondere im Bildungsbereich - zeigt indessen ein ganz anderes Bild. Die Parteien nehmen den Unmut der Bevölkerung sehr wohl zur Kenntnis und übernehmen die Sparvorschläge nicht einfach unisono. So zeigt sich in ihren Stellungnahmen ein differenziertes Bild, und zumindest die Abschaffung der Einschulungsklassen dürfte keine Chance haben. Wundern kann man sich über den Regierungsrat! In seinem Entwicklungsleitbild 2013 – 2022 strebt er in den mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächern (MINT) eine interkantonale Spitzenposition an. Mit entsprechenden schulischen Angeboten will er zudem die Förderung von begabten Schülerinnen und Schülern zusätzlich unterstützen. Mit der massiven Reduktion des Wahlfachangebots, wo im Rahmen des Realienpraktikums unter anderem eben genau diese MINT-Fächer gefördert werden, bewirkt er genau das Gegenteil dessen, was er selber postuliert. Es ist zu hoffen, dass der Regierungsrat aufgrund der zahlreichen kritischen Rückmeldungen auf die „Optimierung der Wahlfächer" verzichtet. Ansonsten könnte der Grosse Rat beim Budget 2015 noch korrigierend einwirken. Die Abschaffung des Werk- und Berufswahljahres spart kaum Ressourcen, da diese Jugendlichen vermehrt das 10.Schuljahr an der KSB besuchen oder andere Unterstützung beanspruchen müssen.

Bildung ist unser Rohstoff

Ich habe mittlerweile einen ganzen Ordner voller Protestschreiben von Verbänden, Schulpflegen, Schulleitungen, Eltern und Lehrpersonen. Insbesondere die Kürzungen bei der frühen Förderung (Deutsch als Zweitsprache im Kindergarten, Logopädie, Psychomotorik und schulpsychologischer Dienst), welche in der Kompetenz des Regierungsrates liegen, werden kritisiert. Das jährliche Einsparpotenzial beträgt hier 2,4 Millionen Franken. Wer längerfristig denkt, wird berücksichtigen, um wie viel höher künftige Kosten zu liegen kommen, wenn die erwiesenermassen präventiv wirkenden Angebote der frühen Förderung und Hilfeleistungen nicht (mehr) ausreichend in Anspruch genommen werden können. Die mittel- und langfristigen finanziellen Folgen der Sparmassnahmen dürften wesentlich höher sein als die kurzfristigen Einsparungen. Der Regierungsrat sollte die Einwände von Eltern, Behördenmitgliedern, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und Fachleuten aus der Praxis ernst nehmen und nochmals über die Bücher gehen. Viele der vorgesehenen Abbaumassnahmen kommen uns sonst teuer zu stehen und schwächen die Qualität der Schule nachhaltig. Ausserdem wirken sie sich nachteilig auf die weitere Berufs- und Schullaufbahn der jungen Menschen aus. Wir müssen Sorge tragen zu unserem guten Bildungssystem – es ist unser einziger Rohstoff!



Nachdem das Volk der Musikinitiative zugestimmt hat, sollen jetzt die Mittel gekürzt werden ! Ein Widerspruch !

Kurzsichtig, widersprüchlich und kontraproduktiv

In der Botschaft zum Aufgaben- und Finanzplan 2014 bis 2017 schrieb der Aargauer Regierungsrat unter dem Titel „Neue Energiestrategie" klar und deutlich: „Der Kanton Aargau unterstützt mit seiner Energiepolitik die Energiestrategie 2050 des Bundes. Diese fordert eine Verstärkung der bisherigen Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien." Konsequenterweise wurden dafür auch entsprechend finanzielle Mittel vorgesehen. So weit, so gut.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat



Doch nun? Da reibt Mann und Frau sich die Augen: Der gleiche Regierungsrat legt ein Sparpaket vor, welches die selber formulierten Ansprüche untergräbt. Unverständlich. Beim geplanten Sparpaket sollen unter anderem die erst noch gelobten und sinnvollen Energiefördermassnahmen gekürzt werden. Das ist kurzsichtig, widersprüchlich und kontraproduktiv.

Investitionen dank Fördermassenahmen

Wie der Aargauer Regierungsrat auch schon darlegte, werden pro Förderfranken im Energiebereich 5 bis 10 Franken an Investitionen ausgelöst. Das heisst: Die Fördermassnahmen sind ein Multiplikator. Sie sind nicht nur wichtig für das Gelingen der Energiewende, sondern sie stützen auch die Beschäftigung und sichern Arbeitsplätze. Bei einer Reduktion der Förderung um 1 Mio. Franken ergibt dies eine Reduktion der Investitionen im Umfang von 5 bis 10 Mio. Franken. Das hat entsprechend negative Folgen. Die Wirtschaft und die Umwelt verlieren gleichermassen. Denn proportional zum Investitionsrückgang vermindert sich auch die Wirkung auf die angestrebte CO_2-Reduktion und somit auf die Klimaziele. Zudem führt die Reduktion der kantonalen Mittel wiederum zu Mindereinnahmen des Bundes durch weniger Unterstützungsbeiträge. Die Katze beisst sich also in den eigenen Schwanz.

Bessere Energieberatung

Die nachhaltige Sicherstellung der Energieversorgung und das Erreichen der Klimaziele erfordern eine gesamthafte Betrachtung. Der Aargau sollte seine gute Ausgangslage mit innovativen Unternehmen sowie mit den bereits vorhandenen Forschungs- und Bildungseinrichtungen im Kanton besser dafür nutzen, um in der Energiewende zukunftsgerichtet voranzugehen. Jetzt unüberlegt die Handbremse zu ziehen, bewirkt das Gegenteil. Das wäre eine rückwärtsgewandte Politik. Wir brauchen jetzt verstärkt Investitionen in die Steigerung der Energieeffizienz und in erneuerbare Energien. Dazu gehört beispielsweise auch eine gut ausgebaute kantonale Energieberatung zur Unterstützung und Qualitätssicherung bei Gebäudesanierungen.

Energiestrategie des Bundes nicht gefährden

Eine Reduktion der kantonalen Mittel zur Energieförderung ist falsch. Sie verzögert die Energiestrategie des Bundes und bringt den Kanton Aargau weder wirtschaftlich noch energiepolitisch voran. Damit würden falsche Zeichen gesetzt. Die Zukunft ist erneuerbar: Es braucht mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien statt umwelt- und risikobelastendes Öl und Uran. Wenn der Aargau dagegen bei den Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien an der Sparschraube dreht, setzt er die Chancen der Energiewende für kommende Generationen aufs Spiel.



Von fetten und von armen Schweinen

Sparen, sparen, sparen und nochmals sparen: die bürgerlichen Kräfte, nicht nur in unserem Kanton, wiederholen es immer wieder, wie ein Mantra, bis wir alle daran glauben. Und dies, obwohl der Kanton Aargau eine ausgezeichnete Finanzlage mit einem AAA-Rating und die tiefsten Ausgaben pro Kopf in der ganzen Schweiz aufweist.

Silvia Dell'Aquila / Jürg Keller
Sekretariat vpod ag/so





Die Rechnungsergebnisse des Kantons waren seit der Jahrtausendwende immer positiv, aber die Aargauer Regierung lag mit ihren Budgetprognosen allein in den letzten vier Jahren um 700 Millionen daneben, und zwar im Plus. Nach bewährtem Muster werden wir alle über den Tisch gezogen: die staatlichen Aufgaben werden mit im voraus definierten Sparvorgaben auf ihr Sparpotential hin überprüft und die ganze Übung irreführend als „Leistungsanalyse“ betitelt, die Finanzlage des Kantons und die allgemeine Wirtschaftslage werden dramatisiert, entsprechend pessimistisch wird budgetiert und schon ist Legitimation und Begründung für einen erneuten Abbau des Service public gefunden. Fazit: eine seriöse Analyse wird verhindert, weitere Steuergeschenke an Vermögende und Gutverdienende können erfolgen, die Bürgerlichen sehen ich in ihrer Politik bestätigt und die Allgemeinheit schaut in die Röhre.

Steuergeschenke für Reiche zulasten von Bildung und Sozialem

Die positiven Rechnungsabschlüsse nimmt die Regierung zum Anlass, im Namen eines unsinnigen Steuerwettbewerbs und einer Finanzpolitik, der nicht das Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner zugrunde liegt, den Unternehmen und einer Bevölkerungsschicht, die es nicht nötig hat, die Steuern zu reduzieren. Die damit einhergehenden Einnahmenverluste müssen nun auf irgendeine Art und Weise kompensiert werden. 55 Millionen im 2015, 80 Millionen im 2016 und ab 2017 jährlich 120 Millionen will der Regierungsrat in sensiblen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Energie und Umweltschutz einsparen. Betroffen vom aktuellen Sparpaket ist vor allem und einmal mehr die finanziell schwächste Bevölkerungsgruppe. Die zwei Jahre dauernden Einschulungsklassen an den Primarschulen sowie die Berufs- und Werkjahre sollen gestrichen werden und so die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler noch mehr geschwächt werden. Weiter sollen die Mindestgrösse für eine Klasse der Primarschule erhöht, die Angebote «Deutsch als Zweitsprache» und Logopädie reduziert und die Zahl der Wahlfächer verringert oder gleich abgeschafft werden. Diese Massnahmen führen zu einem markanten Qualitätsabbau in der Schule und schaffen weitere Probleme und Folgekosten bei Gemeinden und Privaten. Ebenso die vorgesehene Kürzung der Krankenkassenprämienverbilligungen: Auch hier werden die finanziell Schwächeren getroffen und die Probleme verschoben.

Unglaubwürdige Politik

Gewählte Volksvertreter und Volksvertreterinnen verpflichten sich bei Amtsantritt, zum Wohle der ganzen Bevölkerung zu handeln. Sind sie sich dieser Verantwortung bewusst? Offensichtlich nicht. Insbesondere unsere bürgerlichen Entscheidungsträger und -trägerinnen scheinen nicht zu wissen, welchen Schaden sie mit ihrer kurzfristigen Steuerpolitik und ihrer Sparhysterie unserem Kanton zufügen. Und was soll man von einem Regierungsrat halten, der die Bevölkerung hinters Licht führt? Noch vor der Steuergesetzabstimmung im September 2012 hat Finanzdirektor Roland Brogli behauptet, der Kanton werde die vorgesehenen Steuersenkungen im Umfang von jährlich 120 Millionen ohne Sparkur verkraften können. Die Stimmberechtigten glaubten ihm und stimmten einer Steuerrevision zu, welche den oberen Mittelstand und die Unternehmen entlastet. Es kam leider so, wie es zu befürchten war: kaum ein Jahr später müssen genau diese 120 Millionen auf dem Buckel der finanziell schwächeren Bevölkerungsschichten wieder eingespart werden. Dies verstösst gegen Treu und Glauben, die Glaubwürdigkeit des Regierungsrates, ja sogar des ganzen politischen Systems ist arg angeschlagen. Denn wie sollen und können wir der Politik weiterhin vertrauen, wenn wir so massiv irregeführt werden und solche Unwahrheiten ohne Konsequenzen verbreitet werden können? Unter diesen Umständen müssten die jüngsten Steuerreduktionen rückgängig gemacht werden. Doch leider hatten die bürgerlichen Sparideologen für diese Forderung der SP Aargau kein Gehör.

Aufruf zum Protest am 6. Mai

Es besteht Handlungsbedarf. Wir müssen uns gegen diese unvernünftige und schädliche Steuer- und Finanzpolitik im Kanton wehren. Es dürfen keine Sparpakete auf Kosten des Bildungs- und Sozialbereiches zur Finanzierung von Steuergeschenken an Vermögende und Unternehmen mehr geduldet werden. Gemeinsam mit dem ALV werden wir deshalb am 6. Mai lautstark gegen diese unsinnige Sparpolitik protestieren. Und wir müssen die Menschen überzeugen, dass im Parlament und in der Regierung Menschen hingehören, die mit den Ressourcen umsichtig umgehen und sich für das Wohlergehen aller Aargauerinnen und Aargauer einsetzen und nicht unsere Zukunft aufs Spiel setzen mit ihren Sparschweinereien.

22. Berner-Suppe
à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag, 26. Juni 2014
19.30 - 21.00 Uhr

Arbeiterstrandbad
Tennwil / Hallwilersee

Bericht von der Sommersession
mit offerierter Suppe

Es laden ein: SP Seengen / SP Unteres Seetal
Stiftung Arbeiterstrandbad Tennwil

Marco Hardmeier, Vizepräsident 2 des Grossen Rates

Statt Steuergeschenke für Reiche

- eine menschenwürdige Gesundheitspolitik
- eine Alterspolitik, die niemanden ausschliesst
- eine Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert
- einen Lohn, von dem man leben kann.

SP Kanton Aargau - für alle statt für wenige.

www.sp-aargau.ch





Keine SPARschweinereien im Aargau!



Auf zur Demo!

gegen Bildungsabbau und gegen Sparen auf dem Buckel der Bevölkerung.

Dienstag, 6. Mai 2014
17 Uhr beim Grossratsgebäude in Aarau

Die Aargauer Gewerkschaften fordern:

- **kein Sparen im Bildungs- und Sozialbereich;**
- **keine Reduktion bei der Energieförderung;**
- **keine Senkung der Prämienverbilligung!**

Das Sparpaket von Regierung und Grossem Rat ist unsozial, ungerecht, für den sozialen Frieden kontraproduktiv und wird von den Aargauer Gewerkschaften abgelehnt.

Parolen

Abstimmungen vom 18. Mai 2014

- Volksinitiative «**JA für Mundart im Kindergarten**»	**NEIN**
- **medizinische Grundversorgung** (Gegenentwurf «Ja zur Hausarztmedizin»)	**JA**
- Volksinitiative «**Berufsverbot für Pädophile**»	**NEIN**
- «**Gripen-Fonds-Gesetz**» (Gripen-Referendum)	**NEIN**
- Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne» (**Mindestlohn-Initiative**)	**JA**

Schlimme Sparauswüchse bei der Prämienverbilligung

Die Folgen der verantwortungslosen Steuergeschenke der letzten Jahre sollen nun von den Ärmsten ausgemerzt werden. Angetrieben von der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat schlägt die Regierung Einsparungen bei der Prämienverbilligung vor.



Brigitte Ramseier, pol. Sekretärin SP
Renato Mazzocco, Sekretär AGB

Die Verbilligung der Krankenkassenprämien hat einen Hauptzweck: Sie soll Menschen mit bescheidenem Einkommen helfen, die stetig steigenden Prämien der obligatorischen Krankenversicherung bezahlen zu können. Damit soll das unsoziale Kopfprämiensystem abgefedert werden. Die betroffenen Personen in bescheidenen Verhältnissen sind auf jeden Franken angewiesen. So genannte Einsparungen bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien sind reine Augenwischerei und einmal mehr eine Kostenverschiebung um der Kosmetik willen. Die Folge wird sein, dass zwar bei den Prämienverbilligungen ein paar Millionen gespart werden, dafür werden die Bezüge an Sozialhilfen und Ergänzungsleistungen steigen.

Regierung und Grosser Rat sparen ...

Bei der Einführung des KVG hat der Bundesrat ein Maximum von 8 Prozent des steuerbaren Einkommens als Ziel der Prämienbelastung formuliert. Das entspricht rund 6 Prozent des verfügbaren Einkommens. Von diesem Ziel sind wir im Kanton Aargau weit entfernt. Und nun sollen die Bedingungen nochmals massiv verschlechtert werden. Zum einen will der Regierungsrat die Richtprämie zur Prämienverbilligung für Erwachsene ab 2015 auf 3'300 Franken senken (diese müsste eigentlich 90% des gewogenen Mittels der aktuellen Krankenkassenprämien betragen, also mindestens 300-400 Franken mehr) und damit rund 15 Millionen jährlich einsparen. Zum andern wird der Grosse Rat den Prozentsatz für den Anspruch auf Prämienverbilligung von heute 11% auf 11,5% des massgebenden Einkommens erhöhen. Damit werden nochmals 20 Millionen Franken jährlich eingespart. So sieht weder eine vernünftige Finanzpolitik und schon gar keine angemessene Sozialpolitik aus.

... wir zahlen die Zeche!

Besser wäre es gewesen, mit Anpassungen wenigstens bis zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherungen zu warten, um sie allenfalls in einer sozialverträglicheren und ausserdem bundesrechtskonformen Weise vorzunehmen.
Die erwarteten Einsparungen werden den Prognosen kaum Stand halten. Eins aber ist sicher, die Ärmsten der Gesellschaft werden einmal mehr von der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rates und der Regierung gedemütigt.

Impressum
Herausgeber:
- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region Aargau
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau
AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

Redaktion und Layout:
Renato Mazzocco, Sekretär AGB

Druck:
Kyburz-Druck GmbH
5742 Kölliken

Auflage: 15 000 Exemplare